



Balancieren zwischen formeller und informeller Pflege innerhalb von Varianten des Familialismus: Slowenien und Österreich*

**Maša Filipovič Hrast, Ricardo Rodrigues, Stefania Ilinca, Selma Kadi
& Valentina Hlebec**

Einleitung

*Maša Filipovič Hrast ist
Außerordentliche Professorin
und Valentina Hlebec ist
Professorin an der Fakultät
für Sozialwissenschaften,
Universität von Ljubljana.
Ricardo Rodrigues ist
Stellvertretender Direktor,
Stefania Ilinca und Selma Kadi
sind Wissenschaftlerinnen
am Europäischen Zentrum
für Wohlfahrtspolitik
und Sozialforschung.
masa.filipovic@fdv.uni-lj.si
rodrigues@euro.centre.org
ilinc@euro.centre.org
kadi@euro.centre.org
valentina.hlebec@fdv.uni-lj.si*

Schlüsselwörter:
Langzeitpflege,
Österreich, Slowenien,
Einkommensungleichheit,
Geschlechterungleichheit

Die beschleunigte demografische Alterung hat die Frage aufgeworfen, wie man am besten qualitative, nachhaltige und erschwingliche Langzeitpflege für pflegebedürftige ältere Menschen in der Gemeinde bereitstellt. Es gibt wachsende Besorgnis, dass das Vertrauen auf informelle Pflege allein negative Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der pflegenden Angehörigen haben könnte und zu einem hohen Maß an unerfülltem Pflegebedarf älterer Menschen führt. Gleichzeitig ist es möglicherweise finanziell nicht machbar, die Kapazität der formellen Pflege ausreichend zu erhöhen, um auf die wachsende Nachfrage zu reagieren und die informelle Pflege zu ersetzen. Zu verstehen, wie ältere Menschen und ihre pflegenden Angehörigen formelle und informelle Pflege kombinieren, ist für politische Entscheidungsträger von hoher Bedeutung, um eine effizientere Nutzung der Pflege zu fördern und eine Pflege von guter Qualität anzubieten. Es ist auch von zentraler Bedeutung, Ungleichheiten (z.B. aufgrund des Geschlechts und des sozioökonomischen Status) bei der Inanspruchnahme verschiedener Arten von Pflege zu verringern. Langzeitpflege (LTC) für ältere Menschen besteht aus einem breiten Spektrum an Aufgaben (von persönlicher Pflege bis hin zu häuslicher Hilfe), die unterschiedliche Bedürfnisse ansprechen und mit unterschiedlichen Konsequenzen in Bezug auf die Pflegebelastung verbunden sind.

In diesem Policy Brief fassen wir die wichtigsten Erkenntnisse aus dem DET_CAREMIX-Projekt für politische Entscheidungsträger zusammen. Das Projekt zielte darauf ab, ein besseres Verständnis dafür zu erlangen, wie pflegebedürftige

* Der Policy Brief basiert auf der Arbeit, die im Rahmen des Projekts „Erforschung und Verständnis der wohlfahrtsstaatlichen Determinanten für die Pflege älterer Menschen in der Gemeinde in Slowenien und Österreich“ durchgeführt wurde. (DET_CAREMIX), finanziert durch die Slowenische Forschungsagentur (ARRS: J5-8235) und den Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF): I3422-G29 (siehe auch die Projektwebseite: <https://www.euro.centre.org/projects/detail/204>). Die in diesem Policy Brief geäußerten Meinungen sind die der Autoren und repräsentieren nicht notwendigerweise die der Förderorganisationen. Wir sind dankbar für die Kommentare von Cassandra Simmons und Sonila Danaj. Gudrun Bauer, Rahel Kahlert und Sylvia Hoffmann haben ebenfalls zu einigen der hier zitierten Studien beigetragen. Wir danken auch Amália Solymosi für die Redaktion und das Layout.

ältere Menschen und ihre Familien Entscheidungen in Bezug auf Arrangements in der Langzeitpflege treffen, mit besonderem Fokus auf geschlechtsspezifische und sozioökonomische Ungleichheiten. Die Studie wurde zwischen 2017 und 2020 durchgeführt und hatte ein vergleichendes Design mit zwei Ländern: Österreich und Slowenien. Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die Ergebnisse auf die im Rahmen des Projekts DET_CAREMIX gewonnenen Erkenntnisse.

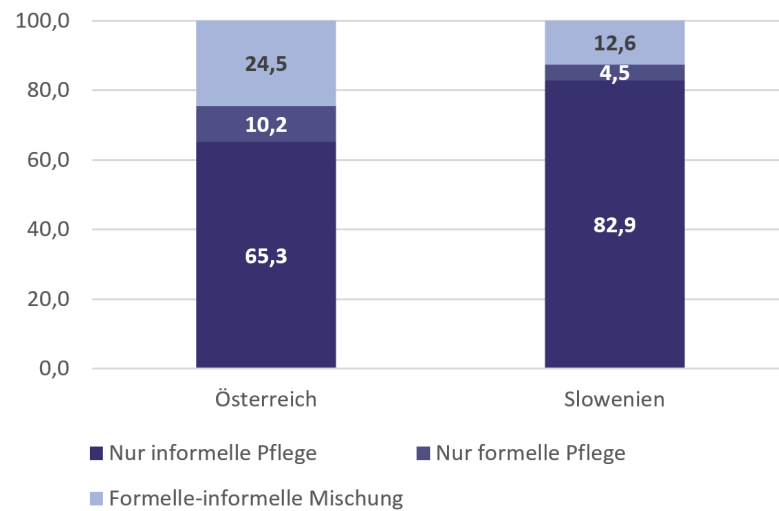
Dieser Policy Brief beginnt mit einer Gegenüberstellung der verschiedenen Formen der Pflegepolitik in beiden Ländern. Beide Länder stützen sich bei der Pflege stark auf die Familie. Anschließend fassen wir die wichtigsten Ergebnisse der Studie zusammen in Bezug auf: i) die Spannungen rund um den Familialismus - d. h. wie und warum die derzeitigen Pflegearrangements in naher Zukunft unter Druck geraten könnten -, aber auch ii) die Dauerhaftigkeit des Familialismus in beiden Ländern - d. h. Faktoren, die die kontinuierliche Abhängigkeit von pflegenden Angehörigen erklären.

Familialismus in Österreich und Slowenien

**Österreich und
Slowenien
sind familialistische
Länder,
mit unterschiedlichem
Niveau der staatlicher
Unterstützung**

Kategorisiert man die Langzeitpflegesysteme entlang der Dimensionen der formalen Dienstleistungsentwicklung und der Verantwortung der Familien für die Pflege, kann man zwischen verschiedenen Graden der Familialisierung unterscheiden (Saraceno und Keck, 2010). Am einen Ende des Kontinuums steht die *De-Familialisierung*, die Systeme beschreibt, in denen der Wohlfahrtsstaat eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Pflege spielt (z.B. durch die Finanzierung und Bereitstellung formaler Pflegedienste). Am anderen Ende steht die *standardmäßige Familialisierung* oder *verordnete Familialisierung*, bei der die Familien die (manchmal sogar rechtlich verbindliche) Verantwortung für die Versorgung tragen und die Hauptversorger sind, mit wenig Unterstützung durch den Staat. Zwischen den beiden Extremen beschreibt die *unterstützte Familialisierung* Systeme, in denen der Wohlfahrtsstaat finanzielle Leistungen (z.B. Cash-for-Care) zur Verfügung stellt, um Familien als die Hauptanbieter von Pflege zu unterstützen. Sowohl Österreich als auch Slowenien können als familialistisch kategorisiert werden und verlassen sich stark auf informelle Pflege (siehe Abb. 1), wenn auch mit wichtigen Unterschieden.

Abb. 1. Anteil der älteren Menschen, die Langzeitpflege in Anspruch nehmen, nach Pflegetyp



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis von Daten der SHARE-Erhebung aus dem Jahr 2015

Österreich ist ein Beispiel für *unterstützte Familialisierung*, wo Familien von pflegebedürftigen älteren Menschen bei der Bereitstellung von Pflegeleistungen durch ein großzügiges, bedarfsabhängiges Pflegegeld unterstützt werden, das der pflegebedürftigen älteren Person gewährt wird. Die Leistung wird in der Regel zur Entschädigung informell pflegender Angehöriger verwendet (Österle und Bauer, 2011). Darüber hinaus haben informell pflegende Angehörige Anspruch auf Pflegeurlaub sowie auf Kranken- und Rentenversicherung, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren müssen, um die Pflege zu leisten. Formale Pflegedienste sind in Österreich gut entwickelt und 32,2 Prozent der Geldleistungsempfänger nutzen auch irgendeine Form von Pflegedienstleistung zu Hause. Dies entspricht einem Anteil von 2,3 Prozent der Gesamtbevölkerung (siehe BMASK, 2017).

**Familialistische
Systeme verstärken
geschlechtliche und
sozioökonomische
Ungleichheit
in der Pflege
(Bereitstellung und
Nutzung)**

In Slowenien fungieren die Familien als Hauptversorger für die Pflege, während die öffentlich finanzierte Unterstützung für abhängige ältere Menschen und ihre Familien gering bleibt - was Slowenien zu einem Beispiel für verordnete und standardmäßige Familialisierung macht. Es gibt kein spezielles System für bezahlten Pflegeurlaub bei der Langzeitpflege. Familienangehörige, die sich aufgrund ihrer Betreuungsaufgaben für eine Teilzeitbeschäftigung entscheiden, können nicht das volle Niveau der Sozialversicherungsleistungen beibehalten und erhalten auch keine Entschädigung für entgangenes Einkommen (außer wenn pflegende Angehörige als Familienhelfer registriert sind). Mit anderen Worten: Es gibt wenig Anerkennung für pflegende Angehörige. Kinder sind gesetzlich verpflichtet, sich an den Kosten für die Pflege ihrer Eltern zu beteiligen, wenn diese die Kosten nicht selbst aufbringen können (eine gesetzliche Verpflichtung, die in Österreich abgeschafft wurde). Formale häusliche Pflegedienste sind

ebenfalls schlecht entwickelt. Die Daten für 2015 zeigen, dass nur 1,1 Prozent der Bevölkerung in Slowenien formelle häusliche Pflege erhielten (Čerňič, 2017).

Spannungen in der Pflege und Nutzung...

Vor diesem Hintergrund gerät jedoch der Familialismus in verschiedenen Weisen unter Druck. Familialismus wurde früher mit der Verstärkung sowohl von Klassen- als auch von Geschlechterungleichheiten bei der Nutzung und Bereitstellung verschiedener Formen der Pflege in Verbindung gebracht, da sich die Haushalte auf ihre eigenen Ressourcen verlassen müssen, um den Pflegebedarf zu decken (Saraceno, 2016). Für Österreich haben wir festgestellt, dass Frauen häufiger formelle und gemischte Pflege erhalten, während eine große Mehrheit der älteren Männer, die Unterstützung erhalten, ausschließlich auf informelle Pflege angewiesen ist. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede sind bei verheirateten älteren Menschen ausgeprägter, was darauf hindeutet, dass der Familienstand den Einfluss des Geschlechts auf die Art der von älteren Menschen in Anspruch genommenen Pflege moderiert (Ilinca und Rodrigues, 2019). Für Slowenien sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei alleinstehenden älteren Menschen ausgeprägter: alleinstehende ältere Männer erhalten mit Abstand am häufigsten nur formelle Pflege, während alleinstehende ältere Frauen genauso häufig informelle Pflege erhalten wie verheiratete ältere Frauen (Filipovič Hrast, Srakar, Perviz und Hlebec, 2020a).

**Politische
Maßnahmen aus
verschiedenen
gesellschaftlichen
Bereichen wirken sich
indirekt auf aktuelle
und zukünftige
Pflegearrangements aus**

Eine frühere Studie hat auch gezeigt, dass gesetzliche Pflegeverpflichtungen - ähnlich wie in Slowenien - mit größeren geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bei Geschwistern, die hochintensive Pflege leisten, verbunden sind (Schmid, Brandt und Haberkern, 2012). Unterstützter Familialismus mit hoher Großzügigkeit - wie in Österreich - könnte, dagegen, zum Abbau von geschlechtsspezifischen und sozialen Ungleichheiten in der Pflege beitragen, indem sie Familien die Möglichkeit gibt, Pflege an den Markt auszulagern oder indem sie Frauen für die Pflegearbeit finanziell entschädigt (Saraceno, 2016). Unsere Ergebnisse, die auf Daten aus dem *Survey on Health, Ageing Retirement in Europe* (SHARE) basieren deuten darauf hin, dass unterstützter Familialismus, selbst wenn er großzügig ist, immer noch die traditionelle geschlechtsspezifische Aufgabenteilung verstärken kann. Das in Österreich praktizierte Modell des unterstützten Familialismus hat im Vergleich zu Slowenien die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bei der Pflege und Betreuung nicht gemildert (Rodrigues et al., 2020). Es bleibt unklar, ob großzügige Geldtransfers einen nennenswerten Einfluss auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten innerhalb von Varianten des Familialismus (unterstützt vs. verordnet) haben. Gleichzeitig war die Fähigkeit der Familien, über den Markt zu defamilialisieren (d.h. formale Pflegedienstleistungen einzukaufen, um die von der Familie

geleistete Pflege zu ersetzen), tatsächlich mit einer höheren sozioökonomischen Position verbunden, aber die Unterschiede zwischen den beiden Ländern waren gering. Die Option, die Pflege an den Markt auszulagern, kann also für Familien mit höherem Einkommen unabhängig von großzügiger staatlicher Unterstützung bestehen, während sie für Haushalte mit niedrigerem Einkommen außerhalb der Möglichkeiten liegen kann, selbst wenn Geldleistungen verfügbar sind. Die derzeitigen Pflegeregelungen können daher Ungleichheiten in der Betreuung verstärken.

Eine weitere Herausforderung für den Familialismus ergibt sich aus dem Zusammenspiel des Familialismus mit anderen öffentlichen Maßnahmen, die gegensätzliche Ziele verfolgen. Durch Änderungen des Rentensystems in Österreich in den frühen 2000er Jahren gelang es, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen. In einer verwandten Studie haben wir herausgefunden, dass sich die intensive informelle Pflege im letzten Jahrzehnt aufgrund dieser Entwicklungen auf schwächere Gruppen (z. B. Frauen mit geringerer Bildung) konzentriert hat (Rodrigues und Ilinca, 2020). Darüber hinaus hat unsere Studie auch gezeigt, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu einer Überlastung führen kann, wenn die Möglichkeiten zur Erholung knapp sind und wenn pflegende Angehörige einen Verlust an persönlicher und Urlaubszeit und eine Reduzierung von sozialen Kontakten erleben (siehe Filipovič Hrast, Hlebec und Rakar, 2020b).

Schließlich können der Familialismus und die gegenwärtigen Pflegearrangements, die auf familiärer Pflege beruhen, durch sich verändernde gesellschaftliche Präferenzen in Frage gestellt werden. Im Rahmen unserer qualitativen Studie zu Pflegedyaden (ältere Menschen und ihre informellen pflegenden Angehörigen) äußerten viele derzeitige pflegende Angehörige in beiden Ländern Vorbehalte in Bezug auf die Pflege durch die Familie, sollten sie diese im Alter benötigen. Viele gaben an, dass jede andere Option, sogar eine stationäre Pflege, stattdessen vorzuziehen wäre. Dies war manchmal mit der Wahrnehmung verbunden, dass anspruchsvolle Pflege die Eltern-Kind-Beziehung belastet, was auf eine Orientierung hinweist, die Beziehungen von solchen Belastungen, wenn möglich, frei zu halten. Dies deutet auf eine mögliche Veränderung der Pflegepräferenzen hin, die die Zweckmäßigkeit einer familialistischen Politik für die Zukunft in Frage stellt.

...Hand in Hand mit immer noch stark familialistischen Ansichten

Trotz der Spannungen, die im vorigen Abschnitt identifiziert wurden, zeigten unsere Ergebnisse auch eine Widerstandsfähigkeit in Ansichten und Praktiken,

die durch Familialismus untermauert werden. Wir haben bereits die starke geschlechtsspezifische Aufteilung der Pflege sowohl in Österreich als auch in Slowenien erwähnt. Während sich die Änderungen im österreichischen Pensionssystem auf die Pflegemuster von Frauen im Alter von 50-64 Jahren auswirkten, wurde das Gleiche bei Männern nicht beobachtet. Dies signalisiert die Dauerhaftigkeit der Pflege als weibliche Aufgabe, eine Erkenntnis, die durch qualitative Daten verstärkt wird, und zeigt, dass die meisten Menschen, besonders in Slowenien, Pflege immer noch mit Frauen gleichsetzen.

Präferenzen für die Pflege sind auch fest mit dem Altern an Ort und Stelle und mit Autonomie verbunden. Eine starke Motivation für die derzeitigen Pflegearrangements ist die Vorstellung, dass pflegende Familienmitglieder ein Maß an Flexibilität (z. B. in Bezug auf den Zeitpunkt der Pflege) und Autonomie (d. h. die Erfüllung der Präferenzen der älteren Person) gewährleisten, das professionelle Dienste nicht bieten können (Kadi et al., 2021). In der gleichen Studie wurden bestimmte Arten von Pflege, wie z. B. Körperpflege, immer noch sehr stark mit "Pflege durch Frauen" in Verbindung gebracht, da die Nutzer zum Ausdruck brachten, dass sie sich wohler fühlen, wenn diese Pflege entweder von gleichgeschlechtlichen oder weiblichen Pflegekräften geleistet wird.

Schlussfolgerungen und Politikempfehlungen

Fokus auf Vereinbarkeit von Pflege und Beruf für Frauen und auf eine geschlechtergerechte Aufteilung der Pflegepflichten

Die Ergebnisse sowohl der quantitativen als auch der qualitativen Studien aus dem DET_CAREMIX-Projekt (cf. Rodrigues et al. 2020, Kadi et al. 2021, Filipovič Hrast et al., 2020a, Filipovič Hrast et al., 2020b) stützen die Schlussfolgerung, dass künftige Pflegepolitiken sich auf die Unterstützung der Frauen und der Männer auf die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, sowie auf die Förderung einer geschlechtergerechten Aufteilung der Pflegeverpflichtungen in Haushalten und Familien konzentrieren sollten. Am Beispiel der Kinderbetreuungspolitik ist es wahrscheinlich, dass eine Erhöhung der Dauer und der Beträge von Pflegeurlaubsregelungen und Rentengutschriften, wenn Pflege innerhalb von Paaren geteilt wird, Anreize für eine höhere Beteiligung von Männern an der Pflege schafft. Solche Maßnahmen haben das Potenzial, das Altern an Ort und Stelle zu unterstützen und gleichzeitig geschlechtsspezifische und sozioökonomische Ungleichheiten zu mildern.

Ebenso sollte die Frage der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben für pflegende Angehörige nicht den individuellen Praktiken der Arbeitgeber überlassen und von deren "Verständnis" abhängig gemacht werden, sondern in die Pflegesysteme integriert werden, wobei die geleistete Pflege formal anerkannt und mit spezifischen Rechten verbunden werden sollte (z. B. flexiblere Arbeitszeiten,

Krankheitsurlaub für die Pflege des gebrechlichen Familienmitglieds, Rentenleistungen, usw.). Die Anerkennung der Rechte pflegender Angehöriger ist von besonderer Bedeutung für Slowenien, das in diesem Punkt noch etwas hinterherhinkt. Geschlechtsspezifische und sozioökonomische Ungleichheiten sowohl bei der Inanspruchnahme als auch bei der Bereitstellung von Pflegeleistungen bleiben bestehen, trotz der relativ großzügigen Geldleistung in Österreich. In diesem Sinne empfehlen wir Folgendes:

- Fortgesetzte Bemühungen, formale Pflegedienstleistungen und nicht nur Geldleistungen neben den oben vorgeschlagenen geschlechtersensiblen Maßnahmen zu entwickeln. Insbesondere Geldleistungen allein verstärken wahrscheinlich traditionelle geschlechtsspezifische Muster in der Nutzung und Bereitstellung von Pflegeleistungen.
- Die Entwicklung von Pflegedienstleistungen an sich kann jedoch unzureichend sein, wenn sie nicht den Bedürfnissen und Präferenzen der Nutzer und Pflegenden entspricht. Unsere Ergebnisse scheinen jedoch darauf hinzudeuten, dass die nächste Generation von potenziellen Nutzern (d. h. die heutigen Pflegekräfte) tatsächlich mehr formale Dienstleistungen befürwortet.
- Pflegebeauftragte sollten auch überlegen, wie die professionelle Pflege besser an die Routinen und den Zeitplan der Nutzer und ihrer pflegenden Angehörigen angepasst werden kann. Besonderes Augenmerk sollte auch auf die Spirale der Ausgrenzung und die Vervielfachung von Schwachstellen auf den Wegen zur Versorgung gelegt werden. Zu diesem Zweck sollten die indirekten, sektorübergreifenden Auswirkungen der Gesetzgebung berücksichtigt und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Gleichstellung der Geschlechter in allen Politikbereichen gefördert werden. Dies ist besonders relevant angesichts der bedeutsamen Arbeitsmarktreformen, wie z. B. der Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters für Frauen.

Literatur

- BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. (2017). Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016 Sozialpolitische Analysen.
- Černič, I. (2017). Celotni izdatki za dolgotrajno oskrbo v 2015 (489 milijonov EUR) višji kot v 2014. Statistical Office of Republic of Slovenia, Ljubljana. Retrieved from: <https://www.stat.si/StatWeb/News/Index/7116> (Access: 03 February 2019)
- Filipovič Hrast, M., Srakar, A., Perviz, L. & Hlebec, V. (2020a). The use of formal and informal care services in Slovenia: availability issues and challenges to gender and income equality, Policy Brief 2020/2. Vienna: European Centre.
- Filipovič Hrast, M., Hlebec, V., Rakar, T. (2020b). Sustainable care in a familialist regime: coping with elderly care in Slovenia. *Sustainability*, 12 (20) 1-15.
- Ilinca, S. and Rodrigues, R. (2019). The long-term care mix in Austria: An overview of community-based care provision by formal and informal caregivers, Policy Brief 2019/5. Vienna: European Centre.
- Kadi, S., Rodrigues, R., Kahlert, R., Hofmann, S., Bauer, G. (2021). Does the family care best? Ideals of care in the perspectives of care dyads practicing a care mix in a familialistic care regime. Working paper under review in *Journal of Social Policy*.
- Österle, A. and Bauer, G. (2011). Home care in Austria. In Rostgaard, T. et al, LIVINDHOME: Living independently at home, Reforms in home care in 9 European countries. SFI - Danish National Centre for Social Research, Copenhagen, 117-138.
- Rodrigues, R., & Ilinca, S. (2020). How does she do it all? Effects of education on reconciliation of employment and informal caregiving among Austrian women. *Social Policy & Administration*.
- Rodrigues, R., Ilinca, S., Filipovič Hrast, M., Srakar, A., Hlebec, V. (2020). Care task division in familialistic care regimes: a comparative analysis of inequalities in Austria and Slovenia. Working paper. Vienna: European Centre for Social Welfare Policy and Research.
- Saraceno, C. (2016). Varieties of familialism: Comparing Four Southern European and East Asian Welfare Regimes. *Journal of European Social Policy*, 26, 4, 314-326. DOI: 10.1177/0958928716657275.
- Saraceno, C. and Keck W. (2010). Can We Identify Intergenerational Policy Regimes in Europe? *European Societies*, 12, 5, 675-696.
- Schmid, T., Brandt, M. and Haberkern, K. (2012). Gendered support to older parents: Do welfare states matter? *European Journal of Ageing*, 9, 39-50.

About the European Centre for Social Welfare Policy and Research

The Policy Briefs series
of the European Centre
is edited by Sonila Danaj
and Rahel Kahlert

The European Centre for Social Welfare Policy and Research is an intergovernmental organisation affiliated to the United Nations. Its purpose is to foster the collaboration between governments, research and other stakeholders in the field of social welfare.

Core Functions

- Providing applied social science and comparative empirical research on social policy in the UN-European Region
- Forging the evidence-base for social policy making and mutual learning on social welfare issues
- Initiating future-oriented public policy debates on social welfare issues by networking across the UN-European Region

Research Focus

The European Centre provides expertise in the fields of welfare and social policy development in a broad sense – in particular in areas where multi- or interdisciplinary approaches, integrated policies and inter-sectoral action are called for.

European Centre expertise includes issues of demographic development, work and employment, incomes, poverty and social exclusion, social security, migration and social integration, human security, care, health and well-being through the provision of public goods and personal services. The focus is on the interplay of socio-economic developments with institutions, public policies, monetary transfers and in-kind benefits, population needs and the balance of rights and obligations of all stakeholders involved.

European Centre Publications

- ‘Policy Briefs’ contain recent research and policy advice results
- ‘European Centre Reports’ expose results of studies or research carried out in the context of national or international projects
- ‘European Centre Working Papers’ comprise preliminary findings or innovative ideas to be shared with a wider public
- The European Centre Newsletter is published in English on a monthly basis and synthesizes the news published regularly on our website

Furthermore, scientific staff of the European Centre regularly publish books, peer-reviewed articles or contributions to books.

Please contact us (solymosi@euro.centre.org) if you want to get informed on a regular basis about our activities and publications.

Contact

Berggasse 17
A – 1090 Vienna
Tel: +43/1/319 45 05 -0
Email: ec@euro.centre.org

More information:

<http://www.euro.centre.org>